

CO GR<sup>in</sup> Anna HOPPER

19.09.2024

## ABÄNDERUNGSANTRAG

Betr.: TOP 13, GZ: A8-115685/2023- Voranschlag 2024, diverse Maßnahmen zur Sicherung des Gleichgewichts des Haushaltes und der Liquidität sowie Nachträge in den landesgesetzlich geregelten Sozialbereichen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Erneut muss diese Koalition ein Budget nachschärfen. Dies ist ein Vorgang, der inzwischen ja für alle Beteiligten zur Gewohnheit wurde. Zur Erinnerung – es hat bisher noch kein Budget gegeben, das nicht nachträglich geändert, ergänzt oder erweitert werden musste.

Erneut wird wieder nicht dort gespart, wo nachweislich genug Geld vorhanden wäre. Hinlänglich bekannt ist dabei der Trick, sich zuerst viel zu viel Geld im Ressort einzustellen, um sich einerseits Geldmittel für kommende Jahre am Sparbuch anzusparen und andererseits im laufenden Budget erläutern zu können, dass man sparsam gewirtschaftet und nicht alles verbraucht habe. Eine Vorgehensweise, die durch die Bank von den Ressorts der Koalition in den letzten Jahren gewählt wurde. Wirklich sparen müssen wieder nur jene Bereiche, die ohnehin bereits unterdeckt sind und die tatsächlich inzwischen massive Probleme haben, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten – nämlich die Bildung, die Wirtschaft und die Kultur. Insbesondere in der Bildung ist dies nachgerade infam – wird doch im eigenen Stück zugegeben, dass man vom Bund und Land 18,75 Mio. Euro zusätzlich bekommt, um dies zum Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden.

Dabei wäre das vorhandene Problem ganz einfach zu lösen. Man müsste nur den vorhandenen Sparbuchbestand der Bürgermeisterin zu Hilfe nehmen und könnte so die budgetäre „Rasenmähermethode“ in all den anderen Ressorts verhindern.

Konkret wünscht sich die Koalition eine Einsparung von 7.771.700 Mio. Euro. Gleichzeitig hat die Bürgermeisterin alleine Rücklagen in der Höhe von 17,4 Mio. Euro auf ihrem Sparbuch. Es wäre daher ein Leichtes, diese Rücklagen um die gewünschte Summe zu verringern und so die gewünschte Einsparung zu erzielen. Auf diese Weise könnte zudem noch in diesem Jahr zumindest ein Teil der von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel für die Kinderbildung- und -betreuung verwendet werden. In den kommenden Jahren sollte diese Summe dann zur Gänze der Abteilung für Bildung und Integration zusätzlich zufließen.

Namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP stelle ich den

**A n t r a g,**

1. Die Finanzdirektion wird aufgefordert, den im Antragstext aufgeschlüsselten Einsparungsbetrag von 7.771.700 Euro nicht über die angeführten Kürzungen in den LCF-Bereichen, sondern über eine Kürzung der Rücklagen (des „Sparbuchs“) im Ressort der Bürgermeisterin aufzubringen.
2. Die Finanzdirektion wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Teil der verbliebenen rund 10 Millionen Euro noch in diesem Jahr für Verbesserungen (Elternbeitrag bzw. Plätze) im Kinderbildungs- und -betreuungsbereich verwendet werden kann.
3. Der Gemeinderat beschließt bis auf Widerruf, dass in Zukunft sämtliche Mittel, die im Zuge des Finanzausgleichs der Stadt von Bund und Land für den Bereich Kinderbildung – und Betreuung überwiesen werden, ausschließlich zusätzlich zur bestehenden Mittelfristplanung in das Budget der Abteilung für Bildung und Integration fließen.